

**12. Parteitag der CDU DEUTSCHLANDS
25.-27. APRIL 1999 · MESSE ERFURT**

Bericht der Bundesgeschäftsstelle

Anlage zum Bericht
der Generalsekretärin



CDU

mitten im Leben, mitten in Europa.



Bericht der Bundesgeschäftsstelle

**Anlage zum Bericht
der Generalsekretärin**

**12. Parteitag der CDU Deutschlands
25.-27. April 1999, Messe Erfurt**

Inhaltsverzeichnis

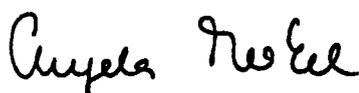
	Seite
Vorwort	5
1. Gremienarbeit	6
1.1 Präsidium	6
1.2 Bundesvorstand	8
1.3 Landesgeschäftsführerkonferenz	10
1.4 Kreisgeschäftsführerkonferenz	10
1.5 Bundesparteigericht	11
1.6 Bundesfachausschüsse	11
1.7 Vorstandskommissionen	12
1.7.1 Kommission zur Vorbereitung des Europawahlkampfes	12
1.7.2 Kommission zur Vorbereitung des Erfurter Parteitages	13
1.7.3 Wertekommission	13
2. Veranstaltungen	14
2.1 Zukunftsforum Innere Sicherheit	14
2.2 Zukunftsforum Bildungspolitik	15
2.3 Wirtschaftskongreß	16
2.4 Berliner Gespräche	17
3. Aktionen	19
3.1 Wettbewerb „Mitten im Leben“	19
3.2 Mitgliederwerbeaktion	19
3.3 Aktion „Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“	20
3.4 Aktion „630-Mark-Jobs“	22
4. Publikationen	23
4.1 Union Magazin	23
4.2 Union in Deutschland	23
4.3 Elektronische Medien	23
4.4 Pressearbeit	24
5. Europawahlkampf	25
5.1 Konzept und Strategie	25
5.2 Kandidatenservice	26
5.3 Veranstaltungen	27

6.	Verlegung der Bundesgeschäftsstelle nach Berlin	28
6.1	Neubau der Bundesgeschäftsstelle in Berlin	28
6.2	Umzugsvorbereitungen / Sozialplan	28
6.3	Einrichtung eines „Brückenkopfes Berlin“	28
7.	Mitgliederentwicklung und Organisationsstruktur	29
7.1	Die regionale Mitgliederentwicklung	29
7.2	Dauer der Mitgliedschaft	29
7.3	Struktur der Mitgliedschaft	30
7.4	Gliederungen	30
8.	Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus	31
9.	Politischer Arbeitskalender	32

Vorwort

Der vorliegende Bericht der Bundesgeschäftsstelle an die Delegierten des Erfurter Parteitages umfaßt den relativ kurzen Zeitraum vom 11. Parteitag am 7. November 1998 bis Mitte April 1999. Es waren gleichwohl wichtige Monate für die CDU Deutschlands, die nach langer Regierungszeit im Bund eine historische Zäsur zu bewältigen hatte. Inzwischen wird niemand mehr bestreiten, daß sowohl der personelle Neuanfang als auch der Start in der Rolle als Opposition gut gelungen sind. Die CDU hat ihre neue Aufgabe entschlossen angenommen; sie hat keine Schlachten der Vergangenheit geschlagen, sondern den Blick nach vorne gerichtet. Von entscheidender Bedeutung war, daß sich die CDU sehr rasch in neuer Weise in der öffentlichen Wahrnehmung positioniert hat. Unter dem Motto „Mitten im Leben“ haben wir deutlich gemacht, daß wir eine bürgernahe politische Kraft sind, die darum weiß, was die Menschen bewegt und besorgt macht, die in der Lage ist, Lösungen anzubieten, die die Menschen mitnehmen statt sie vor den Kopf zu stoßen. Angesichts des unbeschreiblichen Chaos, das die Schröder-Regierung in den ersten Monaten ihrer Amtszeit angerichtet hat, entwickelte sich „Mitten im Leben“ mehr und mehr zum Kontrastprogramm zur Bundesregierung. Daß die Menschen uns verstanden haben, beweist der großartige Erfolg der Aktion „Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsbürgerschaft“, beweisen der Wahlsieg in Hessen und die Erfolge bei kommunalen Wahlen. Und wir haben damit zugleich auch die hervorragende Kampagnefähigkeit der CDU unter Beweis gestellt. „Mitten im Leben“ – das bedeutete für uns auch, in neuer Weise auf die Mitbürgerinnen und Mitbürger zuzugehen und ihre Mitgliedschaft in der CDU einzuwerben. Im Januar 1999 konnte erstmals der negative Trend in der Mitgliederentwicklung umgekehrt werden. Hier bedarf es des unermüdlichen Einsatzes aller Gliederungen, unseren Anfangserfolg in den kommenden Monaten weiter auszubauen.

Mit dem Umzug des Parlaments nach Berlin zur Jahresmitte 1999 muß sich auch die Bundespartei darauf einstellen, kontinuierliche Präsenz in der Hauptstadt zu zeigen. Mit der Veranstaltungsreihe „Berliner Gespräche“ der CDU Deutschlands setzen wir einen erfreulicherweise stark beachteten politischen Akzent. Der Neubau der Bundesgeschäftsstelle Berlin kommt gut voran; bereits heute ist erkennbar, daß wir in der Hauptstadt einen architektonischen Akzent setzen werden, der unserem politischen Führungsanspruch entspricht. Bis zum Umzug der Bundesgeschäftsstelle Mitte 2000 wird ein sogenannter „Brückenkopf“ in Berlin präsent sein. Es entspricht guter Tradition, an dieser Stelle allen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern der CDU – auf welcher Organisationsebene auch immer – ein herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung zu sagen. Ihrem Können, ihrem Fleiß und ihrer Bereitschaft, sich wo notwendig auch über das normale Maß hinaus zu engagieren, verdankt die CDU einen nicht unerheblichen Teil ihres Erfolges. Von Erfurt aus startet die CDU in den Europawahlkampf. Unser politisches Ziel ist klar: Wir wollen wieder stärkste europapolitische Kraft in Deutschland werden. Wir bitten Sie alle: Kämpfen Sie mit!



Dr. Angela Merkel
Generalsekretärin



Dr. Willi Hausmann
Bundesgeschäftsführer

1. Gremienarbeit

1.1 Präsidium

Das Präsidium kam seit dem 11. Parteitag zu zehn Sitzungen zusammen. Neben dem Bericht zur aktuellen Lage durch den Vorsitzenden waren folgende Themen Schwerpunkte der jeweiligen Sitzung:

- Festlegung der Schwerpunkte der künftigen Arbeit (23. November 1998)
- Neubau der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin und Sozialplan für den Umzug Bonn-Berlin (7. Dezember 1998)
- Unterschriftenaktion „Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsbürgerschaft“ (9. Januar 1999)
- Vorbereitung des Strategieggespräches mit dem CSU-Präsidium; Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten (24. Januar 1999)
- Erste Analyse der Landtagswahl in Hessen (8. Februar 1999)
- Europawahlkampf (22. Februar 1999)
- Anträge des Bundesvorstandes für den 12. Parteitag; Verabschiedung des Etats der Bundesgeschäftsstelle für das Haushaltsjahr 1999 und des Etats für den Europawahlkampf (1. März 1999)
- Vorbereitung des 12. Parteitages (15. März 1999)
- Vorbereitung des 12. Parteitages; Europawahlkampf (12. April 1999)
- Vorbereitung des 12. Parteitages (25. April 1999)

Darüber hinaus fanden folgende weitere Sitzungen des Präsidiums statt:

- Gemeinsames Strategietreffen der Präsidien von CDU und CSU zur Festlegung der Schwerpunkte der Auseinandersetzung mit der rot-grünen Bundesregierung, zur Anlage des Europawahlkampfes und zur Nominierung eines Kandidaten/einer Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten (24. Januar 1999)
- Gemeinsame Sitzung des Präsidiums der CDU mit dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen zur Unterstützung der Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und der deutschen Staatsangehörigen in den mittel- und osteuropäischen Staaten durch die Union (4. März 1999)
- Gemeinsame Sitzung des Präsidiums der CDU mit Mitgliedern des Rates der EKD zu Möglichkeiten der Kooperation von CDU und EKD bei innen- und sozialpolitischen Anliegen (20. April 1999)

Ferner spielten folgende Einzelthemen in Sitzungen des Präsidiums im Berichtszeitraum eine wesentliche Rolle:

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

- Steuerreform
- Ökosteuer
- 620/630-DM-Beschäftigungsverhältnisse
- Arbeit für alle

- Haltung zum Bündnis für Arbeit der Bundesregierung
- Förderung der Familien

Außen-, Sicherheits- und Europapolitik

- Deutsche EU-Ratspräsidentschaft
- Agenda 2000
- Agrarpolitik
- Verfassungsvertrag
- Beitragsgerechtigkeit
- EU-Osterweiterung
- NATO-Doktrin des nuklearen Ersteinsatzes
- Lage im Kosovo
- Chancen und Folgen der Globalisierung

Innen-, Rechts- und Bildungspolitik

- Föderalismus-Reform/Föderalismus-Wettbewerb
- Staatsangehörigkeit
- Integration von Ausländern
- Islamischer Religionsunterricht
- Abitur nach 12 Schuljahren
- Fall Öcalan
- Holocaust-Mahnmal in Berlin
- Enteignungen 1945 bis 1949
- Schutz der Minderheiten- und Menschenrechte deutscher Staatsangehöriger in Tschechien, Ungarn und Polen

Parteiangelegenheiten und Strategiefragen

- Landtagswahl in Hessen
- Kommunal- und Landtagswahlen 1999
- Aktion „Mitten im Leben“ (Mitgliederwerbaktion, Wettbewerb „Mitten im Leben“, Berliner Gespräche der CDU Deutschlands, Wertedebatte)
- Kreisgeschäftsführerkonferenz Januar 1999
- Erfurter Leitsätze „Wo Werte Zukunft haben“
- Leitantrag „Europa muß man richtig machen“
- Einsetzung der Bundesfachausschüsse
- Bundesausschuß Familienpolitik
- Bildungspolitisches Programm 2000
- Verbesserung der Kontakte zu den Kirchen

- Verhältnis zum Mittelstand und zur Wirtschaft
- CDU in der modernen Mediengesellschaft
- SPD-PDS-Zusammenarbeit
- Umgang mit der PDS
- Einsetzung eines „Brückenkopfes“/einer Stabsstelle der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin
- Einsetzung von Herrn Dr. Willi Hausmann als Bundesgeschäftsführer
- Nominierung von Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski als Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin

1.2 Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu sechs Sitzungen zusammen. Dabei wurden folgende Themen behandelt:

Parteiarbeit und Strategiefragen

- Lage der CDU nach dem 11. Parteitag am 7. November 1998 in Bonn
- Vorbereitung der Klausurtagung des Bundesvorstandes vom 8. bis 10. Januar 1999 in Königswinter
- Strategie der CDU als Oppositionspartei
- Aktuelle Lage und Strategie der rot-grünen Bundesregierung
- Internet-Angebot der CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Arbeitsplanung der Bundespartei für das erste Halbjahr 1999
- Aktion „Mitten im Leben“
 - Mitgliederwerbekampagne „Tun Sie was, sonst tut sich nix“
 - Unterschriftenaktion „Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“
 - Berliner Gespräche der CDU Deutschlands
 - „Das ist unser Land“ – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland
 - Wettbewerb „Mitten im Leben“
- Einsetzung einer Wertekommission
- Vorbereitung des Europawahlkampfes
- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes in Hessen
- Neuberufung der Mitglieder des Hausvereins der CDU Deutschlands
- Entscheidung des Bundesvorstandes der CDU gemäß § 8 Abs. 2 Europawahlgesetz
- Verlängerung der Anerkennung des CDU-Verbandes Brüssel-Belgien als Auslandsverband der CDU
- Analyse des Bundestagswahlkampfes
- Demoskopische Entwicklungen im Wählerverhalten
- Wege zur strategischen Mehrheitsfähigkeit der Union
- Beschlußfassung über die Bundesfachausschüsse in der 14. Legislaturperiode
- Politische Kommunikation im modernen Medienzeitalter

- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Hessen
- Wahl des Bundespräsidenten / Kandidatenvorschlag der Union
- Berufung neuer Mitglieder in die Bundesfinanzkommission
- Verabschiedung des Sozialplans aus Anlaß des Umzuges der Bundesgeschäftsstelle nach Berlin
- Annäherung von SPD und PDS
- Etat der Bundesgeschäftsstelle für das Haushaltsjahr 1999
- Etat für den Europawahlkampf
- Vorbereitung der Bürgerschaftswahl in Bremen
- Beratung der Anträge des Bundesvorstandes an den 12. Parteitag
- Bestellung einer Antragskommission für den 12. Parteitag
- Rücktritt des SPD-Vorsitzenden und Bundesfinanzministers Lafontaine
- Vorschlag für die Wahl des Tagungspräsidiums zum 12. Parteitag
- Vorschlag für die Mandatsprüfungskommission zum 12. Parteitag
- Ablauf des 12. Parteitages vom 25. bis 27. April 1999 in Erfurt
- Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung in Hessen
- Bundesrednereinsatz zur Europawahl

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

- Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot-grünen Bundesregierung
- Bundeshaushalt 1999
- Bündnis für Arbeit
- Energiepolitik
- Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse
- Steuer- und Abgabengesetze der rot-grünen Bundesregierung
- Thesen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern

Innen- und Rechtspolitik

- Ausländerpolitik
- Konzept der rot-grünen Bundesregierung zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts
- Konzept der Union für eine Neuregelung der Staatsangehörigkeit, zur Verbesserung der Integration und für ein modernes Ausländerrecht
- Enteignungen 1945 - 1949

Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik

- Agenda 2000

1.3 Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu zwei Sitzungen zusammen. Dabei standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Diskussion mit der Generalsekretärin der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, zur Situation der CDU nach dem 11. Parteitag in Bonn und zu den Planungen für das Jahr 1999
- Vorbereitung des Landtagswahlkampfes in Hessen
- Mitgliederwerbeaktion
- Vorbereitung des 12. Parteitages in Erfurt
- Vorbereitung des Europawahlkampfes
- Aktion „Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“
- Aktion 50 Jahre Grundgesetz

1.4 Kreisgeschäftsführerkonferenz

243 Kreis- und Landesgeschäftsführer kamen zu einer Konferenz am 12. Januar 1999 in Berlin zusammen. Der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble und die Generalsekretärin Dr. Angela Merkel hatten zu diesem „Aufbruch ‘99“ in die neuen Räumlichkeiten der Konrad-Adenauer-Stiftung eingeladen.

Zu Beginn stellte die Generalsekretärin den neuen Bundesgeschäftsführer Dr. Willi Hausmann vor. Nach einem Film über die „Umzugsaktion“ der Generalsekretärin zwischen den Parteigeschäftsstellen von SPD und CDU in Bonn unter dem Motto „Die neue Mitte kommt wieder nach Hause“ wurden die Materialien für die Mitgliederwerbeaktion „Tun Sie was, sonst tut sich nix – Mitglieder werben Mitglieder“ präsentiert. Angesichts der Tatsache, daß die CDU seit dem 27. September 1999 über 10.000 neue Mitglieder begrüßen konnte, zeigten sich die Teilnehmer entschlossen, diese erkennbare Bereitschaft der Bürger zum Engagement zu verstärken und sie zur Mitarbeit in der CDU zu bewegen.

Die Generalsekretärin gab den Startschuß für die Mitgliederwerbekampagne sowie einen Überblick über das Arbeitsprogramm der Bundespartei für 1999:

- Aktion „Ja zu Integration – nein zu doppelter Staatsbürgerschaft“
- Wettbewerb „Mitten im Leben“
- Diskussion eines Antrages zum Parteitag in Erfurt unter dem Arbeitstitel „Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen“
- 12. Parteitag vom 25. bis 27. April 1999 in Erfurt
- Veranstaltungen aus Anlaß „50 Jahre Grundgesetz“ am 23. Mai 1999, „50 Jahre Bundesrepublik Deutschland“, „10 Jahre nach dem Fall der Mauer“ am 9. November 1999
- Berliner Gespräche
- Einsetzung einer Grundwertekommission und Grundwertekongreß im Mai 1999 in Cottbus

Die Generalsekretärin erläuterte ausführlich die Unterschriftenaktion „Ja zu Integration – nein zu doppelter Staatsbürgerschaft“. Sie unterstrich, daß der Sinn dieser und aller anderen geplanten Aktivitäten darin liege, die Partei zu einem „Aufbruch 1999“ zu führen. Die CDU müsse das strategische Ziel „Wahlsieg 2002“ ins Auge fassen.

Der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble wies in seinen grundsätzlichen Ausführungen zur Lage der Partei auf den tiefen Einschnitt der Wahlniederlage nach 16 Jahren Regierungsarbeit und nach 25 Jahren Parteivorsitz von Helmut Kohl hin. Es gäbe allerdings keinen Anlaß, das Koordinatensystem der Union zu verschieben, es gälte vielmehr, an unverwechselbaren und unaufhebbaren Grundwerten festzuhalten.

Der Parteivorsitzende forderte die Kreisgeschäftsführer auf, das umzusetzen, was in den Papieren der Union stehe. Er verwies dabei besonders auf die Möglichkeit eigener Initiativen im Zusammenhang mit der Aktion „Mitten im Leben“. Die Partei müsse ihren Mitgliedern mehr Teilhabe an der politischen Meinungsbildung, am Austausch von Argumenten bieten. Die CDU brauche eine möglichst lebendige innerparteiliche Diskussion, andererseits gewinne sie an Attraktivität, je geschlossener sie ihre Positionen nach außen vertrete: „Offen diskutieren, dann entscheiden, und wenn die Entscheidung getroffen ist, gemeinsam vertreten.“

In der anschließenden Aussprache wurde insbesondere über die Kampagne „Ja zu Integration – nein zu doppelter Staatsbürgerschaft“ diskutiert und die rasche Vorlage einer einheitlichen Argumentation erbeten. Ferner wurde darum gebeten, Texte, die die Kreisverbände erhalten, möglichst kurz und bündig zu fassen sowie die Leitanträge zum Parteitag so zeitig vorzulegen, daß sie noch eingehend diskutiert werden könnten.

Am Schluß stand der einhellige Wunsch, eine Kreisgeschäftsführerkonferenz mit dem Parteivorsitzenden und der Generalsekretärin nach Möglichkeit in nicht allzu großen Abständen zu wiederholen.

1.5 Bundesparteigericht

Das Bundesparteigericht der CDU trat im Berichtszeitraum unter dem Vorsitz von Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Eberhard Kuthning lediglich zu einer Sitzung zusammen. Von den vier anhängigen Parteigerichtsverfahren konnten drei Verfahren durch Zurückweisung der Rechtsmittel abgeschlossen werden. Diese drei Verfahren betrafen den Erlaß einstweiliger Anordnungen und eine Wahlanfechtung.

1.6 Bundesfachausschüsse

Der Bundesvorstand hat in seiner Klausursitzung am 9. Januar 1999 die Einrichtung folgender Bundesfachausschüsse für die Zeit der 14. Legislaturperiode beschlossen:

1. Bundesfachausschuß Innenpolitik
2. Bundesfachausschuß Bildungspolitik
3. Bundesfachausschuß Sportpolitik
4. Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Finanzpolitik
5. Bundesfachausschuß Strukturpolitik
6. Bundesfachausschuß Umwelt- und Energiepolitik
7. Bundesfachausschuß Forschung und Innovation
8. Bundesfachausschuß Agrarpolitik
9. Bundesfachausschuß Medienpolitik
10. Bundesfachausschuß Familien- und Jugendpolitik
11. Bundesfachausschuß Frauenpolitik
12. Bundesfachausschuß Gesellschafts- und Sozialpolitik
13. Bundesfachausschuß Außen- und Sicherheitspolitik
14. Bundesfachausschuß Europapolitik
15. Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

Darüber hinaus sollen ein „Arbeitskreis Polizei“ (als Unterausschuß zum Bundesfachausschuß Innenpolitik), ein „Arbeitskreis Menschenrechte“ (als Unterausschuß zum Bundesfachausschuß Außen- und Sicherheitspolitik) und ein selbständiger „Gesprächskreis Kultur“ eingerichtet werden.

Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen führt seine Arbeit gemäß § 9 Bundesfachausschußordnung unabhängig von der Legislaturperiode fort.

Die Landesverbände und Bundesvereinigungen hatten Gelegenheit, der Generalsekretärin Vorschläge zur personellen Besetzung der Bundesfachausschüsse zu machen. Dieses Vorschlagsverfahren ist wegen Terminschwierigkeiten einiger Landesverbände noch nicht abgeschlossen. Gleichwohl hat die Generalsekretärin auf der Grundlage der bereits eingegangenen Vorschläge für fast alle Ausschüsse bereits Berufungen vorgenommen. Die Konstituierung der Bundesfachausschüsse ist für die Zeit unmittelbar nach dem Parteitag vorgesehen.

1.7 Vorstandskommissionen

1.7.1 Kommission zur Vorbereitung der Europawahl

Unter Vorsitz von Generalsekretärin Dr. Angela Merkel tagte die Kommission zur Vorbereitung der Europawahl im Berichtszeitraum dreimal. Sie hat den Auftrag, für die Parteiführung die Europawahl strategisch und inhaltlich vorzubereiten. In der Sitzung am 17. Dezember 1998 wurden grundlegende wahlstrategische Ziele und Bestimmungsfaktoren des Europawahlkampfes besprochen sowie die wichtigsten Europawahlkampfthemen festgelegt. In der zweiten Sitzung am 21. Januar 1999 wurden die wahlstrategischen Überlegungen vertieft sowie die Gestaltung des europapolitischen

Teils des 12. Parteitags der CDU Deutschlands in Erfurt diskutiert. Die Vorbereitung eines europapolitischen Leitantrags durch führende Außen- und Europapolitiker der CDU wurde beschlossen. In der dritten Sitzung am 25. Februar 1999 wurde die Haltung von CDU und CSU zur Agenda 2000 unter wahlstrategischen Gesichtspunkten erörtert und der vorbereitete Entwurf des europapolitischen Leitantrags überarbeitet.

Der Bundesvorstand hat den Leitantrag „Europa muß man richtig machen“ am 1. März 1999 verabschiedet.

1.7.2 Kommission zur Vorbereitung des Erfurter Parteitages

Unter Vorsitz von Generalsekretärin Dr. Angela Merkel tagte die Kommission zur Vorbereitung des Erfurter Parteitages zweimal. Sie hatte den Auftrag, für den Bundesvorstand einen Leitantrag an den 12. Parteitag zu entwerfen. Auf der Grundlage eines ersten Entwurfs, der von der Bundesgeschäftsstelle erarbeitet worden war, hat die Kommission dann einen Leitantrag entwickelt, der zugleich einen Arbeitsauftrag an die Partei und ein Programm für die parlamentarische Arbeit der nächsten Jahre ist. Im Vordergrund stehen dabei nicht umfassende Antworten auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, sondern das Aufwerfen wichtiger Zukunftsfragen als Initiatingzündung für eine breite Diskussion innerhalb der Partei und mit der Öffentlichkeit.

Der Bundesvorstand hat die „Erfurter Leitsätze“ am 1. März 1999 verabschiedet.

1.7.3 Wertekommission

Die vom Bundesvorstand eingesetzte Wertekommission hat unter Leitung der Vorsitzenden Christoph Böhr und Dr. Dieter Althaus bislang viermal getagt. Unter anderem wurde in einer Klausurtagung ausführlich über die Grundwerteeinstellungen der Menschen in Ost und West mit führenden Vertretern aus Wissenschaft, Medien, Politik und Wirtschaft diskutiert.

Die Wertekommission hat den Auftrag, ein Papier zum gemeinsamen Grundwerteverständnis zwischen Ost und West im zehnten Jahr des Falls der Mauer zu erarbeiten. Sie ist ebenfalls beauftragt, einen Wertekongreß vorzubereiten, der am 15. Mai in Cottbus unter dem Motto „Freiheit, die wir meinen“ stattfinden wird. Für diesen Kongreß wird ein Papier als Diskussionsgrundlage vorgelegt.

2. Veranstaltungen

2.1 Zukunftsforum Innere Sicherheit

Unter dem Motto „Null Toleranz für das Verbrechen“ fand das sicherheitspolitische Zukunftsforum am 14. Januar 1999 in Wiesbaden statt. Rund vierhundert Teilnehmer, darunter eine große Anzahl von Fachleuten aus Justiz, Polizei und Verwaltung, hatten sich dazu eingefunden. Neben den Reden des Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble, des hessischen Landes- und Fraktionsvorsitzenden Roland Koch und des rechtspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion im hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, befaßte sich ein hochkarätig besetztes Forum mit den drängenden Fragen von Kriminalitäts- und Verbrechensbekämpfung.

Roland Koch verdeutlichte mit einem Vergleich der Lage der inneren Sicherheit in Bayern und Hessen die negativen Auswirkungen der rot-grünen Landespolitik. Als Ministerpräsident werde er den „hessischen Feldversuch grüner Justizminister“ beenden, die Präsenz der Polizei auf den Straßen erhöhen und die Bürger wieder zu mehr vorbeugender Wachsamkeit und Gemeinsinn ermutigen. Ferner sprach er sich dafür aus, in Deutschland rechtskräftig verurteilte Ausländer zur Verbüßung ihrer Haftstrafe in ihr Herkunftsland abzuschicken.

In seiner anschließenden Rede setzte sich der Parteivorsitzende mit den Plänen der Bundesregierung auseinander, kleinere Delikte wie Ladendiebstahl zu „entkriminalisieren“. Wenn der Rechtsstaat Recht und Unrecht nicht genau markiere, verliere er das Vertrauen der Bürger. Auch dürfe der Schutz der inneren Sicherheit nicht nur Polizei und Justiz überlassen werden, sondern müsse als Aufgabe für alle Bereiche der Politik verstanden werden. Wolfgang Schäuble plädierte in diesem Zusammenhang für eine Bildungs- und Familienpolitik, durch die das Vertrauen in den freiheitlichen Staat gestärkt und eine positive Wertorientierung vermittelt werden könne. Für die Wahrung der inneren Sicherheit sei auch die Integration ausländischer Mitbürger von zentraler Bedeutung. Die geplante Veränderung des Staatsangehörigkeitsrechts durch die Schröder-Regierung schade diesem Ziel.

Auf dem anschließenden Forum unter der Moderation von Rechtsanwalt Martin W. Huff (Frankfurter Allgemeine Zeitung) kündigte der designierte hessische Innenminister Volker Bouffier ein modernes Polizeigesetz für Hessen an und forderte auch für die Polizei in Hessen die Möglichkeit verdachtsunabhängiger Kontrollen. Der Leipziger Polizeipräsident Helmut Lunau erläuterte eine Reihe erfolgreicher Sicherheitsprojekte in Leipzig, in die auch die Bürger ganz unmittelbar einbezogen würden. Der Frankfurter Ordnungsdezernent Udo Corts (CDU) berichtete, daß es in der Mainmetropole gelungen sei, die Effizienz der Verbrechensbekämpfung durch eine entschlossene Entlastung der Polizeiarbeit von bürokratischen Aufgaben zu steigern. Rolf Schwalbe, Vorsitzender Richter am Landgericht in Frankfurt, beklagte einen allgemeinen Werteverfall, der sich auch in teilweise unzulänglichen Sanktionen von Straftaten niederschlage. Zu Recht seien mehr als 60 Prozent der Bevölkerung der Auffassung, daß die Gerichte Verbrechen zu milde bestrafen.

Christean Wagner beklagte in seiner Schlußrede grundsätzliche Denkfehler der Linken in sicherheits- und rechtspolitischen Fragen. Strafvollzug sei beispielsweise nicht die „ultima ratio“, wie es der grüne Justizminister sehe, sondern die „vernünftige Antwort auf einen Rechtsbruch“. Wenn der „an sich vernünftige“ Resozialisierungsgedanke verabsolutiert werde, führten Hafterleichterungen zu grotesken Auswüchsen. Wagner erinnerte an jenen Gefangenen, der Hafturlaub bekommen habe, „um seine finanziellen Verhältnisse zu regeln“, und dazu in Aschaffenburg eine Bank überfallen habe. Wagner rief abschließend dazu auf, der verfehlten Politik der rot-grünen Landesregierung eine klare Absage zu erteilen und mit Roland Koch einen Ministerpräsidenten zu wählen, der die Sorgen und Ängste der Bürger auch auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit ernst nimmt.

2.2 Zukunftsforum Bildungspolitik

Für die CDU ist der Einsatz für zukunfts- und leistungsgerechte Bildung stets eine selbstverständliche Verpflichtung in Bund und Ländern gewesen. Die internationalen TIMSS-Studien des Max-Planck-Instituts München und die Klagen über Unterrichtsausfall in den Ländern haben eine Debatte um eine länderübergreifende Qualitätssicherung von Schulleistungen und Abschlüssen an allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie um finanzierbare Konzepte zur Deckung des Unterrichtsbedarfs ausgelöst. Am 22. Januar 1999 fand in Frankfurt/Main der bildungspolitische Kongreß der CDU statt, der angesichts der schweren Versäumnisse der hessischen Landesregierung schulpolitischen Fragen gewidmet war. Unter dem Motto „Damit unsere Kinder Zukunft haben – Bildungsoffensive für Hessen“ wurden vor rund 650 Teilnehmern von namhaften Vertretern aus Schule, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik die Voraussetzungen und Chancen bedarfsgerechter Bildung erörtert. Die Grundsatzreferate hielten der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble und der bayrische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber.

Edmund Stoiber forderte einen offenen bildungspolitischen Wettbewerb zwischen den Bundesländern mit verbindlichen Leistungsstandards. Dazu gehörten der schrittweise Ausbau des Angebots einer freiwilligen zehnten Klasse der Hauptschule, die baldige Entscheidung über die sechsstufige Realschule sowie Mindestanforderungen für das Abitur. In Bayern würden beispielsweise zur Verbreiterung des Grundwissens fünf verbindliche Abiturfächer gefordert. Vom Schuljahr 1999/2000 an sei für begabte Schüler die Möglichkeit einer Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre bis zum Abitur vorgesehen. Das – von ihm auch bundesweit geforderte – Zentralabitur solle zum Beispiel in Bayern dafür, daß landesweit vergleichbare Leistungen erbracht würden. Edmund Stoiber forderte die Stärkung von Fremdsprachenunterricht – besonders an beruflichen Schulen – und Sozialkundeunterricht sowie den Erhalt des Geschichts- und Religionsunterrichts, die für den Zusammenhalt und die Identität eines Landes, einer Nation und Europas unerlässlich seien. Wenn Länder die Kulturhoheit nicht in entsprechender Weise wahrnähmen, stellten sie ihre Existenz in Frage.

Im zweiten Teil des bildungspolitischen Forums sprachen sich Experten für zentrale und vergleichbare Abschlüsse für alle Schulen des gegliederten Systems aus. Die Hauptschule dürfe nicht zur „Restschule“ werden; vielmehr seien ihre Lernkonzepte zu fördern. In der Grundschule dürften Betreuung und Unterricht nicht vermischt werden, wie dies in Rahmenplänen der hessischen Grundschulen geschehe. Einvernehmen herrschte darüber, daß Leistung in der Gesellschaft wieder mehr Anerkennung erhalten müsse. Auch das Lehrerbild sei in der Öffentlichkeit wieder stärker positiv zu besetzen.

Der Parteivorsitzende trat in seiner Schlußrede für eine stärkere Differenzierung zwischen verschiedenen Begabungen und verschiedenen Bildungswegen ein. Dies sei unerlässlich für einen verstärkten bildungspolitischen Wettbewerb. Er forderte die Kultusministerkonferenz auf, als Grundlage für öffentliche bildungspolitische Debatten alle zwei Jahre einen Leistungsbericht zu veröffentlichen, der einen nationalen und internationalen Vergleich erlaube. Das gegliederte Schulsystem müsse trotz aller Vorzüge noch besser dazu befähigt werden, bestehende Mängel aufzufangen. Es sei zum Beispiel besorgniserregend, daß immer noch 100.000 Jugendliche jährlich die Hauptschule ohne Abschluß verließen und 30.000 Jugendliche ihre Schullaufbahn ohne ausreichende Grundkenntnisse in den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen beendeten. Auch müsse schulischer Unterricht seinen Beitrag zur besseren Integration ausländischer Jugendlicher leisten. Eingliederung könne nur dann gelingen, wenn Wissensvermittlung und wertorientierte Erziehung eine Einheit bildeten. Dabei setze erfolgreiche Integration die sichere Beherrschung der deutschen Sprache voraus. Voraussetzung sei ferner die Vermittlung von schulischen und beruflichen Qualifikationen, die Ausländern nicht von vornherein erheblich schlechtere Aussichten eröffneten, ihren Lebenserhalt aus eigener Kraft zu verdienen.

2.3 Wirtschaftskongreß

„Für die Menschen in unserem Lande: Deutschland modern und innovativ gestalten“ lautete das Motto des Wirtschaftskongresses am 14. April 1999 in Bremen. Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen wirtschaftlicher Strukturen, von denen auch Deutschland erfaßt wird, sollte über Wege diskutiert werden, wie wir Wettbewerbsvorteile immer wieder aufs Neue sichern können, wie wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen modernisieren müssen, um den Menschen im Zeitalter der Globalisierung verlässliche Perspektiven zu geben.

In seiner Rede über die „Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zukunft“ stellte der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble die Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Leitbild der CDU in den Mittelpunkt. Er hob hervor, daß die Soziale Marktwirtschaft als offene und flexible Ordnung nie vollendet sei und deshalb das Ringen um die bessere Lösung und die richtige Umsetzung des Konzepts auch in Zukunft weitergehen werde. 50 Jahre nach der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft stelle sich die Frage, mit welchen Reformen wir in einer sich rasch ändernden Welt Wohlstand und Arbeit für alle schaffen können. Den Ansatz der Schröder-Regierung, Politik auf Umverteilung, Zuteilung und Zentralismus zu bauen, verwarf er und forderte statt dessen, Eigenverantwortung, De-

zentalisierung und Deregulierung zu stärken. Deutschland brauche Reformen, die die Wettbewerbsfähigkeit stärken, die dauerhafte wirtschaftliche Dynamik gewährleisten, die unser wirtschaftliches und gesellschaftliches System so offen gestalten, daß möglichst viele Menschen aktiv teilnehmen und damit auch teilhaben können.

Hartmut Perschau, Bürgermeister und Senator für Finanzen, erläuterte am Beispiel Bremens, wie die Politik der CDU den Herausforderungen der Globalisierung erfolgreich begegnen und die Chancen des Strukturwandels zum Vorteil für die Menschen nutzen kann, nachdem über Jahre hinweg eine wachstumsfeindliche und strukturkonservierende Politik der SPD die Erosion des wirtschaftlichen und finanziellen Fundaments zur Folge hatte. Durch einen wachstumsorientierten Politikwechsel habe Bremen wieder Anschluß an die bundesweite wirtschaftliche Entwicklung gewonnen, Bremen habe inzwischen eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur entwickelt. Dieser Strukturwandel werde durch die Dezentalisierung, Flexibilisierung und die Anwendung neuer Steuerungsverfahren in der Verwaltung erfolgreich begleitet.

An der anschließenden Diskussion über die Chancen für den Standort Deutschland durch die Schaffung innovativer und wettbewerbsfähiger Strukturen sowie über die damit verbundenen Anforderungen an Wirtschaft und Politik beteiligten sich auf dem Podium Franz Schuster, Minister für Wirtschaft und Infrastruktur des Freistaates Thüringen, Josef Hattig, Senator für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten der Freien Hansestadt Bremen, Dr. Thomas Mayer, Chef-Volkswirt von Goldman Sachs, Dr. Hans-Dieter Harig, Vorsitzender des Vorstandes der PreussenElektra AG, Alexander Otto, Stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung ECE-Projektmanagement, und Fritz-Wilhelm Pahl, Geschäftsführender Gesellschafter der Bette GmbH & Co. KG sowie Vorsitzender des Mittelstandsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages.

2.4 Berliner Gespräche

Der Bundesvorstand hat auf seiner Klausurtagung vom 8. bis 10. Januar in Königswinter beschlossen, eine neue Veranstaltungsreihe der Bundespartei in Berlin zu starten. Unter dem Titel „Berliner Gespräche der CDU Deutschlands“ wird die CDU in einen offenen, auch kontroversen Dialog mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, sozialen Verbänden und Kultur über die wichtigsten Zukunftsthemen unserer Zeit eintreten. Das Konzept sieht vor, daß diese Veranstaltungen in Berlin an wechselnden, jeweils zum Thema passenden Orten in einem etwa dreimonatigen Rhythmus stattfinden.

Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, mit in- und ausländischen Gästen den politischen Diskurs über den zukünftigen Weg des geeinten Deutschlands zu führen. Zum festen Ablauf dieser Veranstaltungen gehört, daß nach der Expertendiskussion das Publikum und die Medienvertreter in die Diskussion eingebunden werden.

Das 1. Berliner Gespräch der CDU Deutschlands fand am 8. März 1999 im Foyer der Dresdner Bank am Potsdamer Platz statt. Mit diesem Gespräch verband sich vor allem das Angebot, die gemeinsame Kandidatin von CDU und CSU für das Amt des Bundespräsidenten, Prof. Dr. Dagmar Schipanski, kennenzulernen und mit ihr zu diskutieren.

Der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble begrüßte Prof. Dagmar Schipanski als eine engagierte und couragierte Wissenschaftlerin mit hohem politischen Verständnis. Er sei überzeugt, daß Frau Schipanski aufgrund ihres Lebenslaufes Elemente in die Politik einbringen könne, die dringend gebraucht würden.

Frau Schipanski warb in ihrer Rede für eine werteorientierte menschliche Politik. Sie sprach sich für eine neue Verständigung über Prioritäten in Deutschland aus. Sie warb ferner für mehr Bereitschaft in Ost und West, Verantwortung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu übernehmen, und forderte durchdachte Zukunftsstrategien. Insbesondere mahnte sie eine gezielte Bildungsoffensive als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung an sowie ein neues Verständnis für die Partnerschaft zwischen Geschlechtern und Generationen. In der anschließenden Diskussion unter Leitung von Generalsekretärin Dr. Angela Merkel hat Prof. Dagmar Schipanski viel Zustimmung und Unterstützung erfahren. – Die Veranstaltung wurde vom Fernsehsender Phoenix zeitversetzt ausgestrahlt.

Das 2. Berliner Gespräch der CDU Deutschlands wird voraussichtlich am 27. Mai stattfinden. Das Thema lautet „Europa im 21. Jahrhundert – was die Nachbarn von Deutschland erwarten“. Dazu sind Gäste aus dem In- und Ausland eingeladen.

3. Aktionen

3.1 Wettbewerb „Mitten im Leben“

Anfang des Jahres hat Generalsekretärin Dr. Angela Merkel den Wettbewerb „Mitten im Leben“ gestartet. Ziel dieses CDU-internen Wettbewerbs ist es, eine Ideenbörse für die vielfältigen Aktionen der Parteigliederungen einzurichten. Bis zum Einsendeschluß am 31. März sind 191 Projektvorschläge eingegangen.

Der Wettbewerb wurde in drei Bewertungskategorien gegliedert. In der Kategorie 1 „Einmalig stattfindende Projekte“ sind 51 Vorschläge eingegangen, für die Kategorie 2 „Langfristig angelegte innerparteiliche Projekte“ liegen 65 und für die Kategorie 3 „Langfristig angelegte Projekte unter Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen“ 75 Vorschläge vor.

Eine Jury hat die Preisträger in den jeweiligen Kategorien gewählt. Diese Projekte werden auf dem Parteitag in Erfurt präsentiert.

3.2 Mitgliederwerbeaktion

Auf der Kreisgeschäftsführerkonferenz am 12. Januar 1999 in Berlin haben der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble und Generalsekretärin Dr. Angela Merkel eine Mitgliederwerbeaktion unter dem Motto: „tun SIE WAS, SONST TUT SICH NIX“ gestartet. Folgende Materialien stellte die Generalsekretärin für die Kampagne vor:

- einen Faltprospekt für zu werbende Mitglieder
- eine Broschüre mit praktischen Tips für die Mitgliederwerbung (abgedruckt auch als UiD extra Nr. 1/99)
- eine Wandzeitung
- CDU-Aufnahmeanträge in acht Versionen, unter anderem mit folgenden Texten: „bringen SIE IDEEN UND IHREN NACHBARN MIT – KOMMEN SIE ZUR CDU“; „so BEHANDELT ROT-GRÜN DEN MITTELSTAND – KOMMEN SIE ZUR CDU“; „vermiesen SIE SCHRÖDER DIE HAVANNA – KOMMEN SIE ZUR CDU“.

Der Aufruf zur Mitgliederwerbeaktion und die Materialien haben in den Parteigliederungen eine erfreuliche Resonanz gefunden und ergänzende Aktivitäten ausgelöst. Der Landesverband Rheinland-Pfalz hat zum Beispiel seine Kreisverbände mit zusätzlichen Materialien mobilisiert. Viele Kreisverbände haben die Unterschriftenaktion „Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“ auch zur Mitgliederwerbung genutzt.

Die bisherigen Ergebnisse sind ermutigend. In den Monaten Januar und Februar 1999 kamen 8.705 neue Mitglieder zur CDU. Insgesamt gab es einen positiven Saldo von 1.755 Mitgliedern. Elf Landesverbände verzeichneten ein Plus in der Mitgliederentwicklung.

3.3 Aktion „Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“

Unmittelbar nach der Regierungsbildung hatte Bundesinnenminister Schily eine Teilreform des Staatsangehörigkeitsrechts angekündigt, mit der die regelmäßige Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeit eingeführt werden sollte. Angesichts der mit dem geplanten Gesetzesvorhaben verbundenen Gefahren für die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer beschloß der CDU-Bundesvorstand am 9. Januar 1999 eine umfassende Aktion zur Integration und zum Dialog mit ausländischen Mitbürgern.

Diese sieht zum einen vielfältige Aktivitäten für eine bessere Integration der in Deutschland lebenden Ausländer, zum Beispiel gemeinsame Veranstaltungen in den Orts- und Kreisverbänden vor. Daneben werden unter dem Aufruf „Ja zu Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“ Unterschriften gegen die generelle Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeit gesammelt.

Die Aktion stieß auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Sowohl Anhänger der CDU als auch der SPD, die sich an den Sammlungen beteiligten, waren sich darin einig, daß sich diese Aktion nicht gegen die hier lebenden Ausländer richtet.

Nach der hessischen Landtagswahl, bei der die Wähler nicht nur der rot-grünen Finanz-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Energie- und Bildungspolitik, sondern auch den Plänen der Bundesregierung für ein neues Staatsangehörigkeitsrecht eine klare Absage erteilt hatten, hat die Schröder-Regierung ihren ersten Entwurf aufgegeben. Nach mehreren Nachbesserungsversuchen hat sie das von der FDP vorgeschlagene Optionsmodell aufgegriffen, das eine doppelte Staatsangehörigkeit für in Deutschland geborene Kinder von Ausländern bis zum 23. Lebensjahr vorsieht.

Die Richtigkeit der von der Union vertretenen Auffassung „Integration ja – doppelte Staatsangehörigkeit nein“ wird durch den neuen Gesetzentwurf der Bundesregierung bestätigt. Auch der neue Entwurf genügt aber den Anforderungen einer modernen Integrationspolitik nicht. Der Entzug der mit der Geburt erworbenen Staatsangehörigkeit nach Vollendung des 23. Lebensjahres stößt auf schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken. Darüber hinaus nährt Rot-Grün den Verdacht, daß mit diesem Entwurf, der als „erster Schritt“ bezeichnet wird, durch die Hintertür doch die regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit eingeführt werden soll. Solange diese Besorgnis nicht ausgeräumt ist, wird die Union ihre Unterschriftenaktion fortsetzen.

Gleichzeitig hat die Union am 19. März 1999 einen eigenen Gesetzentwurf für eine Gesamtrevision des Staatsangehörigkeitsrechts vorgelegt, mit der Kindern und Jugendlichen eine Einbürgerungszusicherung gegeben wird, die doppelte Staatsangehörigkeit aber auf begründete Ausnahmen beschränkt bleibt. Der Entwurf wird begleitet von einem umfassenden Integrationskonzept sowie einem Antrag zur Zuzugsbegrenzung. Grundlage ist das von der Kommission „Integration, Zuzugsbegrenzung, Staatsangehörigkeitsrecht“ unter Vorsitz von Dr. Jürgen Rüttgers vorbereitete Papier „Integration und Toleranz“, das ein Meilenstein auf dem Weg zur besseren Integration von Ausländern ist.

Bisherige Bilanz der Unterschriftenaktion

Grundsätzlich beteiligen sich bundesweit alle CDU-Orts- und Kreisverbände an der Aktion. Die Sammlung von Unterschriften an Ständen auf öffentlichen Straßen und Plätzen sowie in den Geschäftsstellen wird dabei häufig von erläuternden Veranstaltungen mit Referaten zum Integrationskonzept der CDU begleitet.

Bürger, die vor Ort keine direkte Möglichkeit zum Eintragen in die Listen haben bzw. aus Alters- oder Gesundheitsgründen nicht in der Lage sind, die Stände aufzusuchen, können Unterschriftenlisten anfordern oder auch auf der CDU-Homepage im Internet unterschreiben. Bei allen regionalen Einrichtungen der CDU sowie in der Bundesgeschäftsstelle sind außerdem vorgedruckte Postkarten erhältlich. Postkarten wurden auch in vielen Städten durch freiwillige Helfer in Postwurfaktionen verteilt. Mehrere CDU-Verbände schalteten in Regionalzeitungen Aufrufe zur Beteiligung an der Unterschriftenaktion. Die Bundesgeschäftsstelle erhielt schließlich auch viele Anfragen von Bürgern, die ihrerseits Unterschriften sammeln wollten.

Das bisherige Ergebnis ist äußerst erfreulich: Bis Ende März 1999 hat die CDU mehr als drei Millionen Unterschriften gegen die generelle doppelte Staatsangehörigkeit gesammelt.

Die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle haben seit Ankündigung der Aktion in hunderten Telefonaten Anrufer informiert und mit Kritikern argumentiert. Weit über 1.000 Zuschriften wurden individuell beantwortet. Immer noch treffen täglich Anfragen zum Thema doppelte Staatsangehörigkeit und Unterschriftenaktion ein.

Außerdem wurden von der Bundesgeschäftsstelle detaillierte Informations- und Argumentationsmaterialien für die Parteigliederungen erarbeitet, aber auch in großer Zahl an interessierte Bürgerinnen und Bürger versandt. Im einzelnen handelt es sich dabei um:

- **Aktionsleitfaden „Integration ausländischer Mitbürger“:**

Er bietet den Orts- und Kreisverbänden für die Vorbereitung von Veranstaltungen zum Thema *Integration* zahlreiche Anregungen sowie Hinweise auf geeignete Ansprechpartner.

- **„Unser Thema ist Integration – Argumente zur Ausländerpolitik“:**

Die Dokumentation enthält Informationen über die soziale und wirtschaftliche Situation von Ausländern in Deutschland, stellt die Grundsätze der CDU-Ausländerpolitik dar, informiert über das in Deutschland geltende Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht und gibt einen Überblick über die Rechtslage in anderen Staaten der Europäischen Union.

- **„Integration und Staatsangehörigkeit – 7 Fragen und Antworten“:**

Dieses Faltblatt beantwortet kurz und prägnant häufig gestellte Fragen, zum Beispiel zu den Einbürgerungsvoraussetzungen, den Voraussetzungen für Integration, zur Rechtslage in Deutschland und anderen Ländern.

- **Mehrere Flugblätter.**

3.4 Aktion „630-Mark-Jobs“

Seit Anfang April läuft eine Kampagne gegen die unsinnige Neuregelung der 630-Mark-Jobs“ durch die Schröder-Regierung. Unter dem Aufruf „Herr Schröder, ich brauch die 630 Mark“ hat die Bundesgeschäftsstelle zehn Millionen Doppel-Postkarten produziert. Durch die Unterschrift auf der Antwortpostkarte können die Bürgerinnen und Bürger ihren Protest bekunden. Die Karten werden gesammelt und an die Regierung weitergegeben. Eine Wandzeitung und eine Flugblattvorlage wurden den Parteigliederungen zur Verfügung gestellt.

4. Publikationen

4.1 Union-Magazin

Das Union-Magazin ist im Berichtszeitraum zweimal erschienen. Redaktion und Redaktionsbeirat versuchen mit Nachdruck, über ein ansprechendes, frisches Layout und breitere Themenangebote das Union-Magazin zu einer Lese-Zeitschrift zu machen, in der – über die notwendige politische Auseinandersetzung hinaus – kulturelle und gesellschaftliche Hintergründe stärker beleuchtet werden. Rubriken, Tips und Service sowie die verstärkte Kommunikation mit der Parteibasis runden das Angebot ab. Die seit geraumer Zeit deutlich gestiegene Leserresonanz unterstützt das Vorhaben, das Union-Magazin zu einem lebendigen und informativen Medium zu machen.

4.2 Union in Deutschland (UiD)

Der Informationsdienst der CDU „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint mit mindestens 40 Ausgaben im Jahr. Er enthält Informationen über aktuelle politische Ereignisse und gibt Argumentationshilfen zu wichtigen Sachfragen. Er informiert über die jeweilige Beschluslage der Partei und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, aber auch über die europapolitischen Aktivitäten der EVP und der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Der UiD enthält in fast jeder Ausgabe einen grünen Teil (Dokumentation) bzw. ein „UiD Extra“ mit der ausführlichen Behandlung eines aktuellen Themas. Auf diese Weise werden Wahlergebnisse, Beschlüsse der Partei, Gesetzentwürfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und wichtige Reden im Wortlaut dokumentiert.

Auf der Seite 2 des UiD erscheint seit November 1997 regelmäßig „Das Wichtigste der Woche auf einer Seite“. Es ist als aktuelles Flugblatt konzipiert und enthält die wichtigsten Informationen der jeweils vorangehenden UiD-Ausgabe.

Der UiD stellt die aktuellen Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle vor und gibt Ratschläge und Tips für die Öffentlichkeitsarbeit der Parteigliederungen. Mehrmals im Jahr erscheint das Gesamtangebot aller Informations- und Werbematerialien – neuerdings als weiterer Sonderteil in der Form einer Broschüre mit vierfarbigen Abbildungen.

Für die Landesverbände besteht die Möglichkeit einer regionalen Beilage (gelber Teil), von der im Berichtszeitraum der Landesverband Rheinland-Pfalz Gebrauch gemacht hat.

4.3 Elektronische Medien

Das CDU-Internetangebot hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Allein im Februar 1999 wurden 80.000 Aufrufe der CDU-Homepage gezählt. Mehr als dreimal so viele Aufrufe – knapp 265.000 – verzeichnete das Diskussionsforum im gleichen Monat.

Diese Zahlen belegen ein erfreulich großes Interesse am Internet-Angebot der CDU. Die Bundesgeschäftsstelle hat dem Rechnung getragen und durchschnittlich jedes halbe Jahr das Angebot strukturell überarbeitet und mit neuem Layout versehen. Seit Januar 1999 ist die sechste Überarbeitung im Netz.

Das im Bundestagswahlkampf 1998 erstmals eingesetzte KandiNet, also ein geschlossenes Netz im Internet, ist auch im Europawahlkampf als InfoNet für die interne Information und Kommunikation zwischen den Kandidaten für das europäische Parlament und der Bundesgeschäftsstelle ein wichtiges Medium. Das InfoNet wird über den Europawahlkampf hinaus als Kommunikationsmedium zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Amts- und Mandatsträgern der CDU eingesetzt. Für die Teilnehmer werden individuelle Zugangsberechtigungen ausgegeben.

4.4 Pressearbeit

Die Presse- und Medienarbeit wurde im Berichtszeitraum durch die Veränderungen in der Führungsspitze geprägt. Die Pressestelle hat entsprechende Kontakte zwischen Politikern und Journalisten hergestellt. Um eine möglichst breite und intensive Berichterstattung über die Arbeit der Partei sowohl in den elektronischen als auch in den Druckmedien zu erreichen, wurden im Berichtszeitraum ca. 100 Pressemitteilungen veröffentlicht. Für den Parteivorsitzenden und die Generalsekretärin wurden zahlreiche Interviews vorbereitet sowie etliche schriftliche und telefonische Anfragen beantwortet. Daneben hat die Pressestelle etwa 20 Pressekonferenzen organisiert.

Die im Berichtszeitraum organisierten Veranstaltungen und Kongresse von Gliederungen der Union wurden durch die Pressestelle begleitet, so beispielsweise der Sicherheits- und der Bildungskongreß in Hessen oder das erste Berliner Gespräch.

Eine werktäglich erteilte Presseschau gehört zur Nachbereitung und Erfolgskontrolle aller Aktivitäten der Pressestelle. Um auch der zunehmenden Bedeutung der elektronischen Medien Rechnung zu tragen, wurde zur Unterstützung des Europawahlkampfes Ende März wieder eine regelmäßige Beobachtung der elektronischen Medien eingerichtet, die die politischen Sendungen sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im privaten Fernsehen auswertet.

5. Europawahlkampf

5.1 Konzept und Strategie

Am 13. Juni entscheidet die Europawahl über die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament. Die Europawahl ist zugleich von hoher nationaler Bedeutung. Sie ist der erste bundesweite Stimmungstest für Rot-Grün.

Ziel: Stärkste Partei bei der Europawahl

Das Wahlziel ist klar definiert. Ziel der CDU ist es, die Europawahl zu gewinnen, um so einen entscheidenden Beitrag dafür leisten zu können, daß die Europäische Volkspartei wieder stärkste Kraft im Europaparlament wird. Es gilt, die Vormachtstellung der Sozialisten zu brechen und die bürgerlichen Kräfte zu stärken.

Deutlicher Kompetenzvorsprung

Die Ausgangslage ist gut: Die Deutschen wissen um die Verdienste der CDU auf europäischer Ebene. Wir sind die deutsche Europapartei. In der Europapolitik verfügen wir über einen deutlichen Kompetenzvorsprung vor allen anderen Parteien. Gleichzeitig liegt die Union in bundespolitischen Umfragen erstmals seit zwei Jahren wieder vor der SPD – je nach Institut sogar recht deutlich. Diese gute Stimmungslage gilt es zu nutzen, um ein möglichst gutes Wahlergebnis zu erzielen.

Innenpolitische Auseinandersetzung

Rot-Grün hat den Vertrauensvorsprung verspielt. Die Schröder-Regierung arbeitet schlecht. Investoren und Konsumenten haben das Vertrauen verloren. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Die Regierung kann auf kein einziges gelungenes Projekt verweisen. Mit Plänen für einen schnellen Atomausstieg und der generellen Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft wurde erhebliches Porzellan zerschlagen. Die Ökosteuer, das Durcheinander bei den 630-Mark-Arbeitsverhältnissen und die drohende Mehrwertsteuererhöhung sind ein Anschlag auf die kleinen Leute. Im Ausland steigt der Unmut über das schlechte Management der deutschen Ratspräsidentschaft. Weil Schröder schlecht vorbereitet war, mußte er viele Kompromisse machen: Die Agenda 2000 verfehlt ihr Ziel. In ihrer jetzigen Form ist sie eine Brüskierung der Landwirte und der Menschen in den ländlichen Räumen.

Es ist überdeutlich geworden: Rot-Grün kann keine Probleme lösen, Rot-Grün ist das Problem. Deutschland braucht eine starke CDU als Gegengewicht zu einer schwachen Bundesregierung.

„Mitten im Leben, mitten in Europa“

Die CDU wird in einem frischen, bürgernahen und dialogorientierten Wahlkampf für ihr Programm werben. Der Slogan: „Mitten im Leben“ wird im Europawahlkampf auf allen Werbemitteln in der veränderten Form „Mitten im Leben, mitten in Europa“ auftauchen.

Die Deutschen sind für Europa. Sie sind für den Euro. Ein zentralistisches Europa lehnen sie ab. Sie treten ein für ein bürgernahes Europa der Regionen. Sie wünschen Stabilität und verlässliche Politik sowie einen sorgsamem Umgang mit dem Geld des Steuerzahlers. Die letzten Wochen haben mit den Rücktritten Lafontaines und der EU-Kommission deutlich gemacht, daß die Sozialisten und Kommunisten im Europaparlament und in den Europäischen Institutionen dies ebenso wenig bieten können wie die rot-grüne Bundesregierung.

Inhaltlich führt die CDU die Auseinandersetzungen über den richtigen Weg in der Europapolitik: „Europa muß man richtig machen.“ Darauf kommt es an. Wir stehen für:

- Stabiles Geld
- Verlässliche Außenpolitik
- Eine gerechte Verteilung von Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlingen
- Ein sicheres Europa
- Ein Europa der Regionen, das den ländlichen Raum nicht benachteiligt.
- Ein wirtschaftlich starkes Europa, das Arbeitsplätze schafft.
- Ein gerechtes Beitragssystem
- Ein sparsames Europa
- Ein Europa der Jugend
- Ein friedliches Europa
- Ein Europa, das seine Strukturen reformiert, damit die Beitrittskandidaten aufgenommen werden können.

Die CDU wird im Europawahlkampf deutlich machen, daß sie die verlässlichere und zukunftsfähigere Alternative für ein starkes Deutschland in einem geeinten Europa ist.

5.2 Kandidatenservice

Seit Anfang Januar hat der Kandidatenservice für die Europawahl seine Arbeit aufgenommen. Die Bundesgeschäftsstelle betreut Kandidaten der Landeslisten in Absprache mit den Landesverbänden. In der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit wurde für die Europa-Kandidaten und CDU-Verbände das „Kandidatentelefon“ (02 28/5 44-4 00) eingerichtet. Dieses Telefon steht allen Kandidatinnen und Kandidaten sowie ihren persönlichen Mitarbeitern zur Verfügung und wird vor allem zur Beratung in Fragen der Wahlkampfführung in Anspruch genommen. Zur schnellen Informationen dient außerdem das oben erwähnte InfoNet.

Zu den Leistungen des Kandidatenservice gehörten ein Fotoservice für Portraits, die Erstellung und Produktion von Kandidatenprospekten, sowie die Produktion von Kandidatenplakaten und schließlich das Angebot eines Sortiments unterschiedlicher persönlicher Sympathiewerbemittel. Die Kandidaten konnten den Fotoservice kostenlos nutzen. Außerdem wurden ihnen 1.000 kostenlose

Kandidaten-Plakate, je nach Wunsch in der Größe DIN A 1 oder DIN A 0 angeboten. Intensiv genutzt wurde auch das Angebot, in Bonn gemeinsame Fotos mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble für den Kandidatenprospekt erstellen zu lassen.

5.3 Veranstaltungen

Die Bundesgeschäftsstelle bereitet für den Europawahlkampf ca. 30 Kundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble vor. Etwa die Hälfte davon sind als Freiluftveranstaltungen konzipiert, die andere Hälfte sollen in großen Hallen stattfinden. Für die Freiluftkundgebungen wird ein „EURO-TRUCK“ eingesetzt, der zusätzlich auch Landes- und Kreisverbänden für eigene Aktionen zur Verfügung steht.

Von Anfang Mai bis zum 13. Juni koordiniert die Bundesgeschäftsstelle wiederum einen Bundesrednereinsatz, für den insgesamt rund 400 Veranstaltungen in den Landes- und Kreisverbänden vorgesehen sind.

Am 30. Mai wird in der Köln-Arena eine zentrale Europawahlkampfkundgebung durchgeführt, zu der auch Gäste aus den europäischen Schwesterparteien eingeladen werden. Hauptredner werden der Parteivorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble, der Ehrenvorsitzende, Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, und Generalsekretärin Dr. Angela Merkel sein.

6. Verlegung der Bundesgeschäftsstelle nach Berlin

6.1 Neubau der Bundesgeschäftsstelle in Berlin

Im Mai 1998 haben wir mit dem Bau der Bundesgeschäftsstelle in Berlin auf dem Tiergartendreieck begonnen. Der genaue Standort befindet sich auf der Ecke Corneliusstraße und Klingelhöferstraße, direkt gegenüber dem Landwehrkanal. Das Bauvorhaben kommt gut voran. Der Rohbau ist fast fertiggestellt. Im Sommer dieses Jahres soll das Richtfest stattfinden. Als Fertigstellungstermin wurde der 30. April 2000 vereinbart, so daß die Bundesgeschäftsstelle im Juni des gleichen Jahres ihren Sitz nach Berlin verlegen kann.

6.2 Umzugsvorbereitungen/Sozialplan

Die Vorbereitungen für den Umzug sind selbstverständlich schon angelaufen. Erste Informationsgespräche über die Situation in Berlin fanden im Konrad-Adenauer-Haus bereits statt. Über die Arbeitsmarktsituation für die Mitarbeiter, die nicht mit nach Berlin gehen, erfolgte eine erste Unterrichtung.

Um die Folgen des Umzugs für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzumildern, haben wir die Altersteilzeitarbeit eingeführt. Der zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung ausgehandelte Sozialplan ist vom Bundesvorstand am 8. Februar 1999 beschlossen worden. Die Nachteile, die aus den Diensten der CDU ausscheidende bzw. nach Berlin umziehende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erfahren, sollen damit ausgeglichen werden.

6.3 Einrichtung eines „Brückenkopfes Berlin“

Der Bundestag nimmt nach der Sommerpause dieses Jahres seine Arbeit in Berlin auf. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird ihre Aufgaben ab Juli in Berlin wahrnehmen. Das hat zwangsläufig Folgen für die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. In der Berliner Mauerstraße wurden deshalb für die Zeit von Juli 1999 bis Juni 2000 vorübergehend einige Büroräume angemietet. Die Generalsekretärin und die Pressestelle werden häufiger in Berlin präsent sein. Darüber hinaus sind auch einige Arbeitsplätze für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vorhanden, die aus konkreten Anlässen häufiger in Berlin sein müssen.

7. Mitgliederentwicklung und Organisationsstruktur

Am 31. März 1999 hatte die CDU Deutschlands 630.413 Mitglieder.

7.1 Die regionale Mitgliederentwicklung

Landesverband	Mitgliederstand 31.12.1997	Mitgliederstand 31.12.1998	Mitgliederstand 31.3.1999
Baden-Württemberg	83.047	82.270	82.587
Berlin	14.356	14.291	14.440
Brandenburg	7.928	7.858	7.820
Bremen	3.549	3.695	3.695
Hamburg	10.936	10.735	10.595
Hessen	56.858	56.080	56.191
Mecklenburg-Vorpommern	8.540	8.304	8.410
Braunschweig	8.346	8.183	8.107
Hannover	63.886	62.586	62.383
Oldenburg	15.950	15.323	15.290
Nordrhein-Westfalen	197.610	198.237	200.609
Rheinland-Pfalz	60.002	59.788	60.916
Saarland	22.009	21.843	21.958
Sachsen	18.303	17.731	17.801
Sachsen-Anhalt	11.988	11.510	11.459
Schleswig-Holstein	32.378	32.387	32.662
Thüringen	15.944	15.436	15.490

7.2 Dauer der Mitgliedschaft

Stand: 31. März 1999

Mitglieder	in Prozent
Unter 10 Jahre	30,2 %
10 bis 20 Jahre	26,2 %
Über 20 Jahre	43,6 %
Ohne Angaben	0,0 %

7.3 Struktur der Mitgliedschaft

Geschlecht

In der CDU Deutschlands sind 25,1 Prozent der Mitglieder (157.332) weiblich und 74,9 Prozent (470.667) männlich. In den alten Ländern liegt der Frauenanteil bei 24,3 und in den neuen Ländern bei 32,1 Prozent.

Alter

Alter	Gesamt	Alte Länder	Junge Länder
16 - 24 Jahre	1,9 %	1,9 %	1,5 %
25 - 29 Jahre	2,7 %	2,7 %	2,4 %
30 - 39 Jahre	10,7 %	10,3 %	13,8 %
40 - 49 Jahre	17,2 %	16,3 %	25,8 %
50 - 59 Jahre	25,1 %	25,1 %	25,1 %
60 - 69 Jahre	23,5 %	24,2 %	16,9 %
70 - .. Jahre	18,6 %	19,1 %	14,1 %
Ohne Angaben	0,4 %	0,4 %	0,4 %

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 54,9 Jahre. Das Durchschnittsalter der weiblichen Mitglieder liegt bei 56,0 und das der männlichen bei 54,5 Jahren.

Beruf

Berufsgruppe	Gesamt	Alte Länder	Junge Länder
Selbständige	21,7 %	22,6 %	14,0 %
Arbeiter	8,9 %	7,6 %	21,3 %
Angestellte	28,5 %	27,9 %	34,4 %
Beamte	11,3 %	12,2 %	3,3 %
Rentner/Pensionäre	6,4 %	5,5 %	14,1 %
Hausfrauen/-männer	9,8 %	10,5 %	2,7 %
In Ausbildung	4,8 %	5,0 %	2,6 %
Arbeitslose	0,6 %	0,4 %	2,3 %
Helfer im Familienbetrieb	0,6 %	0,6 %	0,9 %
Ohne Angaben	7,4 %	7,7 %	4,4 %

7.4 Gliederungen

Die CDU Deutschlands gliedert sich in 17 Landesverbände, 27 Bezirksverbände, 372 Kreisverbände und 11.835 Ortsverbände.

8. Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus

Von November 1998 bis April 1999 haben 122 Gruppen mit 8.693 Teilnehmern die Bundesgeschäftsstelle besucht. Ferner wurden „Kleingruppen“ aus der Partei mit dem Haus und den Aufgaben der Geschäftsstelle bekanntgemacht, so daß insgesamt 9.480 Personen durch den Besucherdienst betreut wurden.

Im Rahmen des Besucherdienstes werden zusätzlich zu den Informationen über die Arbeit der Parteizentrale auch politische Diskussionen mit Mitarbeitern unserer Hauptabteilungen Politik und Öffentlichkeitsarbeit und Vorträge zu speziellen Themenbereichen der Parteiarbeit wie Organisation und Struktur der Partei oder Öffentlichkeitsarbeit arrangiert.

9. Politischer Arbeitskalender

7. November 1998	11. Parteitag der CDU Deutschlands in Bonn
9. November 1998	Amtseinführung von Generalsekretärin Dr. Angela Merkel
13. November 1998	Sitzung des Redaktionsbeirats für das Union-Magazin
13. November 1998	Sitzung der Fachkommission Europa des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) in Bonn
23. November 1998	Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
24. November 1998	Sitzung des Redaktionsbeirats für das Union-Magazin
30. November 1998	Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik
7. Dezember 1998	Präsidium in Bonn
15./16. Dezember 1998	Klausursitzung der leitenden Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle in Schloß Eichholz
17. Dezember 1998	Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
17. Dezember 1998	Sitzung der Kommission zur Vorbereitung der Europawahl
18. Dezember 1998	Sitzung von Vorstand und Koordinierungsausschuß des BACDJ
8./9. Januar 1999	Klausursitzung des Bundesvorstandes in Königswinter
12. Januar 1999	Kreisgeschäftsführerkonferenz in Berlin mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble und Generalsekretärin Dr. Angela Merkel
14. Januar 1999	Zukunftsforum Innere Sicherheit, Wiesbaden
18. Januar 1999	Gespräch von Generalsekretärin Dr. Angela Merkel mit den Vorsitzenden der Vereinigungen
21. Januar 1999	Sitzung der Kommission zur Vorbereitung der Europawahl
22. Januar 1999	Zukunftsforum Bildungspolitik, Frankfurt am Main
24. Januar 1999	Gemeinsame Sitzung der Parteipräsidien von CDU und CSU in Neu-Isenburg (Vorstellung der gemeinsamen Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Prof. Dr. Dagmar Schipanski)

27. Januar 1999	Sitzung des Redaktionbeirats für das Union-Magazin
29. Januar 1999	Sitzung der Arbeitsgruppe Kartellrecht und der Fachkommission Europa des BACDJ in Bonn
8. Februar 1999	Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
8. Februar 1999	Sitzung der Kommission zur Vorbereitung des Erfurter Parteitages
9. Februar 1999	Sitzung des Redaktionsbeirats für das Union-Magazin
11. Februar 1999	Konstituierende Sitzung der Wertekommission
22. Februar 1999	Präsidium in Bonn
25. Februar 1999	Sitzung der Kommission zur Vorbereitung der Europawahl
25. Februar 1999	Sitzung der Kommission zur Vorbereitung des Erfurter Parteitages
25. Februar 1999	Konferenz der Aussiedlerbeauftragten in Bonn
26. Februar 1999	Sitzung des Redaktionsbeirats für das Union-Magazin
1. März 1999	Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
4. März 1999	Gemeinsame Sitzung des Präsidiums der CDU mit dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen
4. März 1999	Sitzung der Wertekommission
5. März 1999	Sitzung des Redaktionsbeirats für das Union-Magazin
8. März 1999	1. Berliner Gespräch der CDU Deutschlands mit dem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble, Generalsekretärin Dr. Angela Merkel und Prof. Dr. Dagmar Schipanski
12./13. März 1999	Sitzung der Wertekommission
15. März 1999	Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
19. März 1999	Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ in Bonn
22. März 1999	Sitzung des Bundesfachausschusses Europapolitik
29. März 1999	Sitzung der Wertekommission
12. April 1999	Präsidium in Bonn

- | | |
|---------------------------|--|
| 12. April 1999 | Sitzung der Antragskommission für den 12. Parteitag in Erfurt |
| 13. April 1999 | Sitzung der Jury des Wettbewerbs „Mitten im Leben“ |
| 14. April 1999 | Wirtschaftskongreß der CDU Deutschlands in Bremen |
| 15. April 1999 | Konferenz der Landes- und Vereinigungsgeschäftsführer in Bonn |
| 16. April 1999 | Empfang der CDU Deutschlands anlässlich der Gründung der NATO vor 50 Jahren |
| 19. April 1999 | Konstituierung des „Gesprächskreises Kultur“ der CDU Deutschlands in Berlin |
| 20. April 1999 | Gemeinsame Sitzung des Präsidiums der CDU mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bonn |
| 22. April 1999 | Spitzengespräch mit dem Vorstand des Deutschen Sportbundes in Bonn |
| 25. April 1999 | Präsidium und Bundesvorstand in Erfurt |
| 26./27. April 1999 | 12. Parteitag der CDU Deutschlands in Erfurt |



CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung: Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn
E-Mail: post@www.cdu.de
Internet: <http://www.cdu.de>